

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung

Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft

Band: - (1918)

Heft: 8

Artikel: Mehr Wahrheit und Gerechtigkeit

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801993>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Friede

Monatsschrift für Friedens- u. Schiedsgerichtsbewegung

Offizielles Vereinsorgan der Schweizerischen Friedensgesellschaft

Abonnementspreis per Jahr: In- und Ausland Fr. 2.50 (für Mitglieder und Nichtmitglieder); nicht bei der Post abonniert nach dem Ausland Fr. 3.50 per Jahr. — **Inserate** per einspalt 3,5 cm breite Petitzeile 30 Cts., für Jahresaufträge nach Uebereinkunft. — Das Blatt erscheint am 20. jeden Monats. — **Redaktion:** Für das Zentralkomitee der Schweizerischen Friedensgesellschaft, R. Geering-Christ, „im Wiesengrund“, Bottmingermühle bei Basel. Redaktionelle Einsendungen sind an letztere Adresse zu richten.

Annoncen werden entgegengenommen von der **Buchdruckerei G. Krebs**, Fischmarkt 1, **Basel**, sowie von sämtlichen Annoncenbüroen

Inhalt: Motto. — Mehr Wahrheit und Gerechtigkeit. — Unsere Demokratien und der Friedensbund. — Feuilleton. — Literatur.

MOTTO: Man halte uns nicht für Theoretiker:
Die Schuldigen der heutigen Katastrophen werden an den greifbarsten Galgen baumeln, die sich denken lassen, und nicht vor Thronen, nicht Altären soll des Stäupens Halt gemacht werden.

JACOB FELDNER.
„Von Umsturz und Jugend“.
(Friedens-Warte XX. 7/8.)

Mehr Wahrheit und Gerechtigkeit.

Heute einen Angriffskrieg zu führen ohne Zuflucht der Lüge gegenüber dem eigenen Volke scheint schlechterdings unmöglich. Der Angriffskrieg wird überall als ein Unternehmen nichtswürdigster Art angesehen, darum muss ihm, sowohl den eigenen als auch den fremden Völkern gegenüber, der Mantel des Verteidigungskrieges umgehängt werden.

Dieses Mittel verfängt allerdings der eigenen Nation gegenüber nur, wenn sie gewohnt ist mit alleruntertänigster Andacht alles entgegnuzunehmen, was ihr von höheren Stellen aus dargeboten wird und dies wird in Monarchien leichter der Fall sein als in freiheitlich regierten Staaten. Gar nicht verfängt das Mittel den angegriffenen und neutralen Völkern gegenüber, auch wenn die Lüge hundert- und tausendmal wiederholt wird. Am 12. Juli sagte der deutsche Reichskanzler vor dem Haupptausschuss: „Wir führen den Krieg als Verteidigungskrieg. Weil wir ihn als Verteidigungskrieg führen, weil uns von Anfang an jede imperialistische, jede auf Weltherrschaft gerichtete Tendenz fern lag“ etc. Viel aufrichtiger sagt Graf Arnim-Boitzenburg in der preussischen Herrenhaussitzung vom 12. Juli: „Das Wort des Fürsten Bülow muss seine Geltung und Bedeutung behalten: Der König in Preussen voran, Preussen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran!“

Wenn die Preussen bei sich ihren König voranlassen wollen, so ist das ihre Sache, wenn die guten übrigen Deutschen sich von den Preussen vergewaltigen lassen wollen, so kann ihnen das auch niemand verbieten. Hingegen scheint es fast,

als ob die ganze Welt sich nicht ebensogern von einem kaiserlichen Preussen - Deutschland verschlucken lassen wolle. Diese und keine andere Ursache hat der mörderische Weltkrieg. Oder ist Deutschland von irgendwelcher Seite angegriffen worden? Hat seine Regierung nicht vielmehr zu Österreichs Ultimatum an Serbien seine Zustimmung gegeben? Haben diese beiden Verbündeten damit nicht die Mobilisation in Russland hervorgerufen? Hat nicht Deutschland darauf Russland, Frankreich, Belgien den Krieg erklärt? Zwei Jahre lang wurde dem deutschen Volke die Lüge als Kriegsgrund gegen Frankreich vorgetischt, französische Flieger hätten Nürnberg mit Bomben beworfen! Belgien wollte man allerdings nicht bekriegen, man wollte „nur“ durch das neutrale Land hindurchmarschieren; denn, so log man wiederum dem Volke gegen alles bessere Wissen und Gewissen vor, das sei keine Neutralitätsverletzung!

Das Thema Belgien gibt dem Pazifisten als Völkerrechtsfreund und dem Neutralen, dessen Pflicht nicht Stillschweigen, sondern neutrales, d. h. unabhängiges, gerechtes Beurteilen der Kontrahenten ist, täglich neuen Stoff zu Betrachtungen. Die letzte Rede Kühlmans, ihre Kommentierung durch den Reichskanzler und der Rücktritt des Staatssekretärs, sowie die Beurteilung der Äußerungen Kühlmans und des Kanzlers durch die Presse und die Parteileitungen, bieten dem unabhängigen Beobachter ein wunderliches Bild der verschiedenen Auffassungen von Recht und Gerechtigkeit einerseits, Machtdünkel und Vergewaltigungssucht anderseits.

Während der primitivste Rechtsstandpunkt nur der sein kann, dass Belgien weder als Faustpfand, noch als Tauschobjekt behandelt werden kann, sondern selbstverständlich wieder hergestellt und von Deutschland für allen ihm zugefügten Schaden voll entschädigt werden muss, meint der Reichskanzler damit weitgehende Zugeständnisse zu machen, wenn er sagt: „Was die Zukunft Belgiens betrifft, so bedeutet, wie ich gestern schon sagte, die Okkupation und der gegenwärtige Besitz Belgiens

nur, dass wir ein Faustpfand für die künftigen Verhandlungen haben. Im Begriffe des Faustpfandes liegt es, dass man das, was man als Pfand in der Hand hat, nicht behalten will, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat führen.

Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgend einer Form zu behalten. Wir wünschen genau so, wie ich schon am 24. Februar sagte, dass das nach dem Kriege wieder erstandene Belgien als selbständiges Staatswesen, keinem als Vasall unterworfen, mit uns in guten, freundschaftlichen Verhältnissen lebe. Das ist der Standpunkt, den ich zu dem belgischen Problem von Anfang einnahm und auch heute noch einnehme.“

So der Reichskanzler am 12. Juli 1918. Damit vergleiche man, was am 4. August 1914, den amtlichen Dokumentbüchern zufolge, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr von Jagow, den Botschafter in London, den Fürsten Lichnowsky, beauftragte zu erklären: „dass sogar im Falle eines bewaffneten Konfliktes mit Belgien Deutschland sich unter gar keinem Vorwand belgisches Gebiet aneignen wird.“

Während nun ein Teil der deutschen Presse sich über diese angeblichen Zugeständnisse gegenüber Belgien zustimmend äusserte, ja sich von diesen so gar nichts bedeutenden Worten Hertlings „vollauf befriedigt“ erklärte, sind die konservativen Blätter und die alddeutsche Partei ausser sich vor Wut über die Schwäche des Kanzlers und „bedauern die Kompromittierung des Deutschen Reichs“ durch diese Worte.

Aus all dem geht hervor, dass Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit an gewissen Orten völlig leere Begriffe sind und darum erscheint es nur allzu begründet, dass man im gegnerischen Lager jede Spur von Vertrauen zu den leitenden Persönlichkeiten der Zentralmächte verloren hat. Und doch ist nichts imstande, uns dem ersehnten Frieden näherzubringen als gegenseitiges Sichvertrauenkönnen. Wir wünschen darum im Interesse der Wahrheit und der Gerechtigkeit, dass der Tag kommen möge, da diejenigen, die glauben, Organisation, militärische Tüchtigkeit, Königstreue und ähnliche schönklingende Fähigkeiten seien imstande, Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Vertragstreue zu ersetzen, innenwerden, dass sie sich einem verhängnisvollen Irrtum hingegeben haben. Von diesem Tage an werden sie sich wieder des Friedens, sowie der Achtung und des Vertrauens der übrigen Kulturvölker würdig machen, vorher nicht.

G.-C.

Unsere Demokratien und der Friedensbund.

Im pazifistischen Lager sind kürzlich von hervorragender Seite die folgenden Sätze aufgestellt: Es

gibt keinen Pazifismus ohne Demokratie! Keine Demokratie im Innern ohne Pazifismus nach aussen, und kein Pazifismus nach aussen ohne Demokratie im Innern! Pazifismus und Demokratie sind ein und dasselbe. — Diese wohlklingenden Sätze sind nicht anzufechten, vorausgesetzt, dass beide Begriffe, Demokratie und Pazifismus, im idealen Sinne genommen werden. Ohne Zweifel, wo die Demokratie in ihrer reinsten Form herrschend wurde, ist auch ein vollkommener Wille zum Frieden vorhanden, ja, wir müssen sogar den rechten Pazifismus als unabtrennbares Bestandteil der rechten Demokratie betrachten, deren Grundlagen nach dem Urteil zahlreicher grosser Männer Tugend und Sittlichkeit sind. — Wie steht es nun mit den vorhandenen Demokratien, erfüllen sie diese Bedingung? Man schaue sich um! Wer sehen will kann sehen. Die Wirkungen der demokratischen Gesinnung der Völker, wenn diese überhaupt vorhanden ist, werden bis auf den heutigen Tag fast ausschliesslich im Innern der Staaten sichtbar, während nach aussen noch so ziemlich alles im Argen liegt. Recht, Vernunft und Sittlichkeit, welche auch der Verkünder jener Thesen als Grundlage aller zwischenstaatlichen Ordnung fordert, haben bislang auf unsere Demokratien für ihre nach aussen gerichteten Handlungen nur selten einen bestimmenden Einfluss gewinnen können. Nur eine einzige Republik von geringem Umfange und geringer Macht, deren Bürger durch besonders günstige Verhältnisse zu edlerer Gesinnung und reineren Grundsätzen getrieben und erzogen wurden, darf ausgenommen werden. Wenn die bestehenden Demokratien und demokratisch gerichteten Monarchien auch nach aussen hin demokratisch wären, so würde vieles anders sein. Die Kolonisation würde von ihnen nach besseren Grundsätzen betrieben als die geltenden, sie würden nicht die Söhne der unter ihre Botmäßigkeit geratenen Stämme und Völkerschaften zwingen, für Ziele, welche diesen fremd sind, Leib und Seele zu opfern, sie würden ferner erkennen, dass sie nicht den Ruhm ihrer Vorfahren erben können, ohne auch die Busse für deren Verfehlungen auf sich zu nehmen. Sie würden nicht erobern, nicht unterjochen, nicht ausbeuten, nicht vergewaltigen. Sollen wir Beispiele geben, Namen nennen? Etwa Aegypten, Marokko, Transvaal, Irland, Indien? Man erspare uns diese Register! „Und Amerika? so fragt wohl dieser und jener. Es ist fraglos weniger von Schuld belastet als Europa!“ Das ist richtig. Immerhin, — es hat nicht gezögert, jenen mehr als zweifelhaften Inselhandel gegen Dänemark in einer Zeit zu betreiben und zum Abschluss zu bringen, in welcher es höchster moralischer Autorität bedurfte, um seine Politik vor dem sittlichen Teile der Menschheit erfolgreich zu begründen. Das gibt zu denken. Wir haben in allen diesen Beispielen Handlungen vor uns, deren Imperialismus demjenigen gleichkommt, welchen wir an Nationen mit